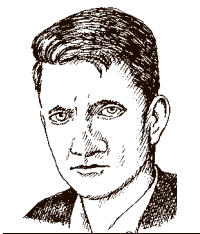


Politiker und Regierungsberater fordern eine City-Maut

Vierfache Abzocke

In der Berliner Bergmannstraße hat das Bezirksamt für 146.500 Euro grün-gelb-blaue Punkte auf den Boden malen lassen. Der Kreuzberger Stadtrat Florian Schmidt will damit erreichen, daß die Autofahrer in der vielbefahrenen Straße mehr Rücksicht nehmen – doch solche Punkte kennt die Straßenverkehrsordnung nicht. Einige wittern weitere Schikanen gegen den Autoverkehr. Das liegt insofern nahe, als daß jener für den Verkehr zuständige grüne Lokalpolitiker im April angedroht hatte, er wolle alle Autos aus der Stadt verbannen. Die „autofreie Stadt Westberlin“ war in den achtziger Jahren bereits eine Forderung der Alternativen Liste (AL).

Seitdem wurden Busspuren, 30er-Zonen und lukrative Blitzanlagen eingeführt. Aber das reicht den heutigen Grünen nicht, die das Ziel einer autofreien Stadt weiter verfolgen, auch wenn sie es nur selten so offen zugeben wie Florian Schmidt. Eine Ebene höher sorgt die parteilose, aber auf Grünen-Ticket segelnde Senatorin Regine Günther für Druck auf den Individualverkehr: Berlin müsse über eine City-Maut nachdenken. Die Lobbyisten der öffentlichen Nahverkehrssysteme und Autohasser sind seither aus dem Häuschen vor Freude. Schwarz-rot-gelb angehauchte Wirtschaftsberater der Bundesregierung fordern dasselbe für das gesamte Ruhrgebiet. Bislang gibt es so eine Gebühr in westlichen Metropolen nur in London (11,50 Pfund pro Tag). New York plant 2021 die Einführung einer Maut in Man-



VON  
RONALD  
GLÄSER

»Für Otto Normalbenziner ist die Parkgebühr bereits eine Straßenbenutzungsgebühr.«

hattan (ab zwölf Dollar). Die deutsche Politik würde damit zwei Fliegen mit einer Klappen schlagen: mehr Steuereinnahmen und ein Mittel zur Ausdünnung des Autoverkehrs. Plus: Ein System wie in London oder die „Umweltzone Brüssel“, wo alle Nummernschilder scannt werden, wäre ein Traum für Überwachungsbehörden, die dann per Knopfdruck wissen, wo sich ein gesuchtes Auto gerade aufhält. Daher spricht alles dafür, daß die City-Maut kommt.

Das Perfide ist: Es gibt bereits seit Jahrzehnten eine Straßenbenutzungsgebühr. Sie heißt Parkraumbewirtschaftung. Jeder muß bezahlen, der sein Auto am Straßenrand abstellt. Und zwar nicht nur an einigen belebten Boulevards, sondern flächendeckend in etlichen Stadtteilen. Es werden immer neue Parkraumzonen ausgewiesen, so daß bald der gesamte Innenstadtbereich kostenpflichtig wird. Theoretisch kann ein Bürger mit seinem Auto in die Stadt fahren, aber sobald er das Auto abstellt, muß er blechen. Und wer

fährt schon, ohne anzuhalten? Drogendealer, die ihre Kunden nur kurz ein- und wieder aussteigen lassen, vielleicht. Fußlahme, die nur mal kurz schauen wollen, ob der Reichstag noch steht. Für Otto Normalbenziner ist die Parkgebühr bereits eine verkappte Straßenbenutzungsgebühr. Jetzt droht nach Energie-, Kfz-Steuer und Parkgebühr eine vierte.

Ronald Gläser ist Vizefraktionschef der AfD im Berliner Abgeordnetenhaus.

Risiken einzugehen, das kann sich die Deutsche Bank nicht leisten

Ohrfeige für Achleitner

Von Thomas Kirchner

Die schmale Dividende bleibt stabil. Die Peinlichkeit von Bayer, wo die Aktionäre den Vorstand nicht entlastet hatten, blieb der Deutschen Bank erspart. Zum Jubel trotzdem kein Anlaß. Aufsichtsratschef Paul Achleitner nur 71 Prozent der Stimmen, weniger als seine Kollegen. Vorstandschef Christian Sewing lag mit 75 Prozent kaum besser. Eine schallende Ohrfeige, doch es hätte schlimmer kommen können. Die US-Stimmrechtsberater Glass Lewis und International Shareholder Services (ISS) hatten von einer Entlastung abgeraten. Damit stimmte ein Großteil der internationalen Anleger gegen Aufsichtsrat und Vorstand.

Der Oberösterreicher Achleitner steht weniger im Rampenlicht als die vier Vorstandsvorsitzenden, die sich unter seiner Aufsicht seit 2012 die Klinke in die Hand gegeben haben. Jeder neue Chef versucht einen Strategiewechsel – Revolution als Dauerzustand kennt man sonst eher aus sozialistischen Regimes, und wirtschaftlich nicht viel besser geht es der

Bank. Sewings „harte Einschnitte“ werden nur neue Unwägbarkeiten bringen. Weg vom Investmentbanking und hin zum mehr traditionellen Geschäft begeistert die Leitartikler und Politiker, ist aber eine Worthülse, wenn er an Corporate Finance und dem Provisionsgeschäft festhält. Ganz ohne den Einsatz von Eigenkapital läßt sich dort kein Geld verdienen, zu groß ist die Konkurrenz. Auch das Herunterfahren des US-Geschäfts klingt wie „ein bißchen schwanger“. Entweder man ist dabei oder nicht. Banken sind Dienstleister, die sich nur durch Personal und Bilanzsumme unterscheiden. Topleute arbeiten heute nicht mehr für die Deutsche Bank, bestenfalls als Zwischenstation. Achleitner sollte sich an die Schwierigkeiten erinnern, einen Nachfolger für John Cyron zu finden. Also bleibt nur noch die Bilanzsumme, doch Risiken einzugehen, das kann sich die Deutsche Bank nicht leisten. Ein Wunder, daß die Aktionäre soviel Geduld haben, obwohl die Aktie 93 Prozent unter ihrem Allzeithoch notiert.



Mit geliehenem Geld spekulieren

Staatliche Zusatzrente: Ein schuldenfinanzierter „Deutscher Bürgerfonds“ klingt gut, birgt aber hohe Risiken

Schatten eines Rentnerehepaars: Mit unterbrochenen Erwerbsbiographien, Teilzeitarbeit und Niedriglöhnen in eine ungewisse Zukunft

DIRK MEYER

Die Alterssicherung steht vor einem Dreifach-Problem: Durch Arbeitslosigkeit unterbrochene Erwerbsbiographien, Teilzeitarbeit und Niedriglöhne machen eine Grundsicherung im Alter notwendig. Im Umlageverfahren der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) werden die jeweiligen Beiträge zur Auszahlung an die ältere Generation verwandt. Der demographische Wandel führt zu höheren GRV-Beiträgen der jungen Generation, sollen die Ansprüche der Ruheständler nicht gekürzt werden. Die kapitalgedeckte betriebliche und private Zusatzrente, die auf Kapitalbildung und Rendite beruht, gerät in der Niedrigzinsphase in Schwierigkeiten, da der eingeplante Zinsanteil entfällt. Wie ist ein Einkommen aus diesem Trilemma möglich?

Das Ifo-Institut hat unter finanzieller Unterstützung durch Lutz Helmig, einem Mäzen und Vermögensverwalter, in einer Studie einen möglichen Lösungsweg aufgezeigt: Das Konzept eines „Deutschen Bürgerfonds“ nutzt

den „sicheren Hafen“ der Bundesanleihen, die weltweit als sichere Anlage gelten und deshalb von Banken, Versicherern und Privatanlegern selbst bei Renditen im negativen Bereich nachgefragt werden. Der deutsche Steuerzahler profitiert durch die geringe Zinslast der Staatsverschuldung, was bereits zum Vorschlag eines kreditfinanzierten Investitionsfonds für die marode Infrastruktur geführt hat (JF 15/19). Dieser Zinsvorteil könnte weiter ausgebaut werden.

Der Bürgerfonds beruht auf einem Tausch von Vermögensiteln. Die Einnahmen aus zusätzlichen, zu geringen Zinskosten ausgegebenen Bundesanleihen sollen in Aktien, Anleihen und Immobilien angelegt werden, die derzeit eine wesentlich höhere Rendite bringen und zudem im Preis steigen. In Anlehnung an den Hebeleffekt des Fremdkapitals werden mit diesem billigen Fremdkapital höher rentierende Vermögensanlagen erworben. Die Erträge aus dem Renditeunterschied – die Studie geht von 2,1 Prozentpunkten aus – werden angesammelt und dienen bei späteren Ausschüttungen als Zusatzrente. Einbezogen werden alle Personen ab 15 Jahre bis zur Regelaltersgrenze. Wenn jährlich

0,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP; 2020: 18 Milliarden Euro) aufgenommen und angelegt werden, entspricht dies für jeden der 54 Millionen GRV-Berechtigten einem Anlagebetrag von 340 Euro für das Jahr. Die jährlichen Anlagebeträge inklusive der Kapitalerträge werden allen Mitgliedern zu gleichen Teilen in individuellen Konten gutgeschrieben. Bei Renteneintritt werden die Anlagen aufgelöst, die Kredite getilgt und der Überschuß als monatliche Zusatzrente ausbezahlt. Diese steigt mit der Dauer der Zuführungen. Bei Renteneintritt 2030 sind es monatlich nur zwei Euro, 2040 steigt der Betrag auf zehn Euro, 2050 sind es 25 Euro und bei erstmalig maximaler Anlagefrist sind es 2072 preisbereinigt 105 Euro. Das entspricht einer heute üblichen Zusatzrente.

Unterschiede zu den Staatsfonds der Erdölländer

Dies verdeutlicht das „Anlaufproblem“, denn der Aufbau des Bürgerfonds braucht Zeit. Zudem verbieten die EU-Schuldenbremse (maximal 0,5 Prozent/BIP) und die Schuldenbremse nach dem Grundgesetz (0,35 Prozent/BIP) derzeit eine zusätzliche Staatsverschuldung. Da den Rentenschulden jederzeit auflösbare Vermögenswerte entgegenstehen, ließe sich hier eventuell eine Ausnahme rechtfertigen. Die Staatsschuldenquote würde von heute 59 Prozent um maximal acht Prozentpunkte zum Ende der Aufbauphase ab 2080 ansteigen – eine eher unproblematische Größenordnung. Da die Zusatzrente vom Erwerbsleben losgelöst ist, profitieren Personen mit niedrigem Alterseinkommen besonders. Dies entlastet den Staat auf lange Sicht in gewissem Umfang von Unterstützungsleistungen.

Volkswirtschaftlich spiegeln die niedrigen Renditen auch das geringe Produktivitätswachstum wider. Die Kredite würden deshalb weniger für zusätzliches Produktivkapital verwendet, sondern nur die Vermögenspreisinflation auf den Aktien- und Immobilienmärkten wei-

ter beflügeln. Dies führt zur Kernkritik, die sich gegen den Staat als Bank bzw. Kapitalanlagegesellschaft richtet. Den negativen Fall einer Finanzmarktkrise spricht die Studie kaum an. So erzielte etwa der Norwegische Staatsfonds im Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre eine Rendite von 6,2 Prozent pro Jahr. Auch dank der weltweiten Anlagestreueung in über 8.000 verschiedene Aktien, Staats- und Unternehmensanleihen konnte eine hohe Rendite bei relativ geringem Risiko erwirtschaftet werden.

Im Jahr der Finanzmarktkrise 2008 führten die weltweiten Kurseinbrüche jedoch zu einem Verlust von 23 Prozent des Fondsvermögens. In Australien und den USA ging mehr als ein Viertel der Altersvorsorge verloren, am stärksten traf es Irland mit 37,5 Prozent. In dem darauffolgenden zehnjährigen Börsenboom konnten die Verluste zwar mehr als wettgemacht werden – doch gibt es hierfür keine Garantie. Die Erholung des amerikanischen Aktienmarktes nach dem Börsencrash 1929 dauerte 30 Jahre.

Der große Unterschied zu den Staatsfonds der Ölländer besteht darin, daß die Verluste dort vom Eigenkapital getragen werden. Fremdkapital ist hingegen kein Haftungskapital. Übersteigen die Verluste die Zinserträge auf den individuellen Konten, dürfte kaum der dahinterstehende Bürger haften, sondern alle Steuerzahler. Gewinne würden privatisiert, Verluste vergemeinschaftet. Doch nicht nur die Zusatzrente wäre dahin. Neben den Kreditlasten einer staatlichen Fehlspekulation würde eine einhergehende konjunkturelle Krise mit hoher Arbeitslosigkeit einen Anstieg der Sozialbeiträge notwendig machen und die Arbeitnehmer zusätzlich belasten. Fazit: Der Staat sollte mit geliehenem Geld nicht noch spekulieren.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. Das Konzept eines deutschen Bürgerfonds: ► [www.cesifo-group.de/DocDL/ifo-studie-2019-fuest-et-al-buergerfonds.pdf](http://www.cesifo-group.de/DocDL/ifo-studie-2019-fuest-et-al-buergerfonds.pdf)

Die weltweit zehn größten Staatsfonds

Das Erdöl- und Gasförderland Norwegen an der Spitze

Rang	Land	Staatsfonds	Vermögen (Mrd. Euro)	Gründungs-jahr
1	Norwegen	Norway Government Pension Fund Global	958	1990
2	China	China Investment Corporation	840	2007
3	Vereinigte Arabische Emirate Abu Dhabi	Abu Dhabi Investment Authority	622	1976
4	Kuwait	Kuwait Investment Authority	528	1953
5	China-Hongkong	Hong Kong Monetary Authority Investment Portfolio	454	1993
6	China	SAFE Investment Company	393	1997
7	Singapur	GIC Private Limited	348	1981
8	Singapur	Temasek Holdings	335	1974
9	China	National Council for Social Security Fund	304	2000
10	Saudi-Arabien	Public Investment Fund	286	2008

QUELLE: SOVEREIGNWEALTH FUND INSTITUTE (2019)

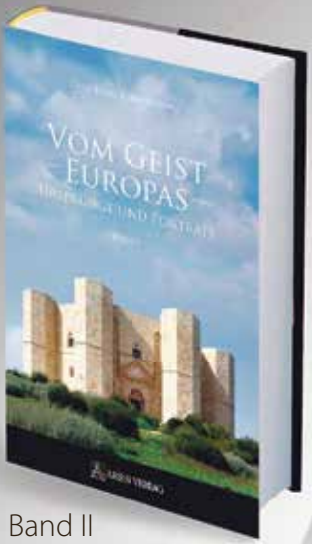
Große Biographien

Werner Olles  
**Grenzgänger des Geistes**  
Vergessene, verkannte und verfemte Schriftsteller des 20. Jahrhunderts



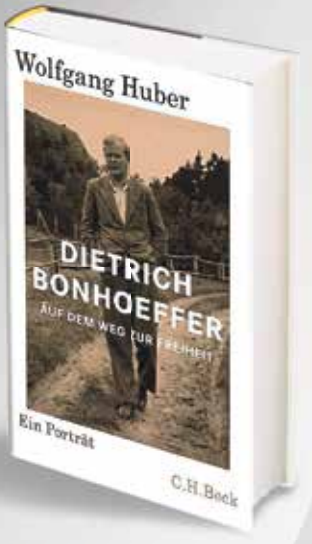
329 S., Pb.  
Best.-Nr. 94234  
**EUR 19,80**

Gerd-Klaus Kaltenbrunner  
**Vom Geist Europas**  
Ursprünge und Porträts



Band I  
384 S., geb.  
Best.-Nr. 94182  
**EUR 29,90**  
Band II  
384 S., geb.  
Best.-Nr. 94183  
**EUR 29,90**

Wolfgang Huber  
**Dietrich Bonhoeffer**  
Auf dem Weg zur Freiheit



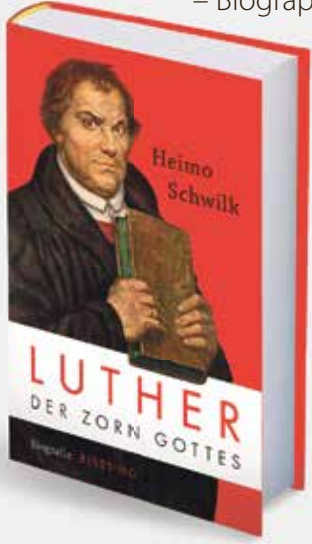
336 S., Abb., geb.  
Best.-Nr. 94179  
**EUR 26,95**

Robert M. Zoske  
**Flamme sein!**  
Hans Scholl und die Weiße Rose



368 S., Abb., geb.  
Best.-Nr. 93774  
**EUR 26,95**

Heimo Schwilk  
**Luther**  
Der Zorn Gottes – Biographie



464 S., Abb., geb.  
Best.-Nr. 93365  
**EUR 24,99**